



Kanzler Scholz, US-Präsident Biden im März: Streit um fast jeden Preis verhindern

Ein heikles Dinner

DIPLOMATIE Öffentlich beteuern Olaf Scholz und Joe Biden, dass im Ukrainekrieg noch nicht die Zeit für Verhandlungen gekommen sei. Aber im Kanzleramt wünscht man sich, dass eine Debatte darüber in Gang kommt.



Ukrainischer Panzer bei Bachmut: Langer, blutiger Stellungskrieg

Es war eine kleine, exklusive Runde, die sich vor einigen Wochen in Washington zum Dinner versammelte. Für den Abend des 24. Oktober hatte der neue deutsche Botschafter in den USA, Andreas Michaelis, die Crème de la Crème der amerikanischen Russlandexperten eingeladen. Bei einem dreigängigen Menü sollte die Runde nicht nur die Lage auf dem Schlachtfeld besprechen, wo es für die ukrainische Armee zunehmend düster aussieht. Es sollte auch um Optionen gehen, wie dieser Krieg endlich beendet werden könnte.

Aus Deutschland war ein hochrangiger Gast erschienen: Wolfgang Schmidt, Chef des Bundeskanzleramts und der wohl engste Vertraute von Olaf Scholz. Was Schmidt sagt, ist selten weit weg von dem, was Scholz denkt, wie er die Welt sieht.

Insofern hatte der deutsche Botschafter keine Mühe, eine hochrangige Runde zu versammeln. Auch in Washington möchte man gern wissen, wie der Bundeskanzler auf die aktuelle Lage blickt. Vor allem auf den Krieg in der Ukraine.

Die russische Invasion war für das deutsch-amerikanische Verhältnis Neustart und Bewährungsprobe zugleich. Nach dem Zerwürfnis während der Trump-Ära fanden Berlin und Washington wieder zusammen. Kanzler Scholz hielt drei Tage nach dem Überfall am 24. Februar 2022 seine berühmte »Zeitenwende«-Rede, die in der amerikanischen Regierung euphorisch aufgenommen wurde – als Signal, dass Deutschland endlich bereit sei, mehr Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen. Scholz und Biden bauten einen engen Draht zueinander auf.

Zugleich blieben manche Spannungen. Die Amerikaner waren verärgert, dass Berlin über Monate zögerte, Leopard-2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Und allmählich wachsen in Washington die Zweifel, wie ernst es die Bundesregierung mit dem Ziel meint, die Verteidigungsausgaben entschieden nach oben zu schrauben. Nun gibt es die nächste Frage, aus der sich ein Konflikt entwickeln könnte: Wie beendet man diesen Krieg? Es ist die ganz große Frage, die seit Langem im Raum steht. Die öffentlich aber kaum jemand zu stellen wagt.

Im November 2024 steht die US-Präsidentenwahl an. In Washington glauben viele Experten, Wladimir Putin spekuliere darauf, dass Donald Trump die Präsidentenwahl gewinne und ihm die Ukraine dann auf einem Silbertablett serviert werde. Er

würde den Krieg »innerhalb von 24 Stunden beenden«, sagt Trump, der haushohe Favorit für die republikanische Präsidentschaftskandidatur.

Im Umfeld von Präsident Joe Biden hingegen hält man die Idee für brandgefährlich, dem Kreml zum jetzigen Zeitpunkt Friedensverhandlungen anzubieten. »Das ergibt keinen Sinn, weil Putin daran kein Interesse hat«, sagt ein Spitzenbeamter des Weißen Hauses dem SPIEGEL.

Und die Deutschen? Wo stehen sie in dieser Frage? Auf der Linie der Amerikaner?

Folgt man öffentlichen Äußerungen, dann will auch Scholz die Ukraine nicht zu Verhandlungen drängen. »Wir stehen in Solidarität mit der Ukraine, so lange, wie es nötig ist«, schrieb gerade Jens Plötner, der sicherheitspolitische Berater des Kanzlers, in einem gemeinsamen Artikel mit Andrij Jermak, dem Büroleiter des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, für die Plattform »Politico«. Es werde »keinen Friedensschluss über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg geben«, sagte der Kanzler Anfang März in einer Regierungserklärung. Umso gespannter waren die Gäste des Dinners in Washington, was Kanzleramtschef Schmidt zu der Frage sagen würde – abseits der Öffentlichkeit, in vertraulicher Runde.

Am Tisch saßen unter anderem: Fiona Hill, eine gebürtige Britin, die eine Putin-Biografie mitverfasst hat und zuletzt unter Donald Trump im Nationalen Sicherheitsrat der USA saß. Andrea Kendall-Taylor, eine Princeton-Absolventin, die über Jahre die Russlandstrategie der amerikanischen Geheimdienste koordiniert hat. Und Samuel Charap, ein in Oxford promovierter Politikwissenschaftler, der kurze Zeit als Berater im amerikanischen State Department war und heute für die RAND-Corporation arbeitet, einem Think-tank, der zu großen Teilen vom US-Verteidigungsministerium finanziert wird.

Charap ist ein schmaler Mann mit flinker Zunge, der keinem Streit aus dem Weg geht. Im Sommer veröffentlichte er in der Zeitschrift »Foreign Affairs« einen Aufsatz mit der Überschrift »An Unwinnable War – Washington Needs an Endgame in Ukraine« (»Ein nicht zu gewinnender Krieg – Washington braucht ein Endscenario für die Ukraine«). Weder Russland noch die Ukraine hätten die Kraft, den Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden, schrieb Charap. Jede Verlängerung des Kriegs würde deshalb nur zu unnötigem Leid und Tod führen und darüber hinaus die Gefahr erhöhen, dass der Krieg über die Grenzen der Ukraine hinaus eskaliere. »Eine Erfolg versprechende Strategie für die schwerwiegendste außenpolitische Krise seit mindestens einer Generation erfordert daher, dass die USA und ihre Verbündeten ihre Prioritäten verändern und ein Szenario für das Ende des Kriegs entwickeln.«

Der Satz war ein Tabubruch. Warum? Weil er mit dem Mantra bricht, dass allein in Kiew über die Zukunft des Landes entschieden

Der Kanzleramtschef lobte den Strategen dafür, dass er Denkräume für einen Verhandlungsfrieden öffne.

werde. Intern räumen deutsche Diplomaten ein, dass diese Formel immer nur ein Spruch für die Öffentlichkeit gewesen sei. Aber der Satz minimiert die politischen Handlungsoptionen des Westens. Keine Gespräche über die Ukraine ohne die Ukraine, heißt das Dogma des Weißen Hauses. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius beteuert bis heute, das Ziel sei, dass die Ukraine den Krieg gewinne.

An jenem Abend in der Residenz des Botschafters hingegen lobte der Kanzleramtschef ausdrücklich den Strategen Charap dafür, dass er Denkräume für einen Verhandlungsfrieden öffne – so jedenfalls erinnern sich mehrere Teilnehmer. Ein anderer berichtet sogar, Schmidt habe die Ideen Charaps euphorisch gelobt. Das wiederum wird in Schmidts Umfeld bestritten: Von Euphorie könne keine Rede sein.

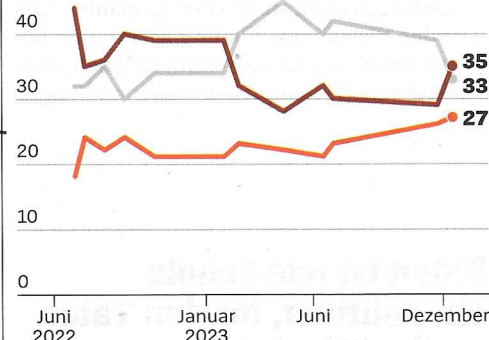
Schmidt legte auch dar, warum sich die Bundesregierung beim Nato-Gipfel in Vilnius im Sommer gegen einen schnellen Beitritt der Ukraine in das Verteidigungsbündnis ausgesprochen hatte. Diese Frage, sagte Schmidt laut Teilnehmern, könne erst entschieden werden, wenn ein Deal für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine ausgehandelt werde.

Ein Teilnehmer verstand das so, als wollte der deutsche Kanzleramtschef sich ein Nein zur ukrainischen Nato-Mitgliedschaft als Verhandlungsschritt aufheben, um Putin zu einem Friedensabkommen zu bewegen. In Schmidts

Ja zu Ukrainehilfen

»Sollten die westlichen Staaten die Ukraine militärisch ...«, Zustimmung in Prozent

- ... stärker unterstützen?
- ... wie bisher unterstützen?
- ... weniger unterstützen?



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF Politbarometer; jeweils rund 1000 Befragte in Deutschland; die statistische Ungenauigkeit liegt bei bis zu drei Prozentpunkten

Umfeld wird auch das anders dargestellt. Die Nato-Mitgliedschaft, heißt es dort, stehe ohnehin erst nach dem Krieg auf der Tagesordnung. Darüber könne derzeit gar nicht entschieden werden. Das Dinner in der Botschaft sei lediglich ein offener Gedankenaustausch gewesen, bei dem der Minister vor allem die Überlegungen der US-Denker habe kennenlernen wollen.

Schmidt ist bewusst, wie heikel die Debatte ist. Im Sommer wurde Stian Jenssen, der Stabschef von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, öffentlich regelrecht zerrissen, nachdem er über einen Friedensdeal spekuliert hatte. Demnach sollte die Ukraine Teile ihres Territoriums an Russland abtreten und im Gegenzug die Mitgliedschaft in der Nato zugesichert bekommen. Die Folge: ein politischer Shitstorm gegen Jenssen.

Ähnliches würde hierzulande wohl jeden erwarten, der öffentlich über solche Ideen sinniert.

Womit man im Kanzleramt schon länger hadert: mit der aus Sicht von Scholz' Leuten verengten deutschen Debatte. Mit einem sicherheitspolitischen Diskurs, der aus Sicht mancher Berliner Strategen viel von Haltung geprägt ist und wenig von Realpolitik – und der um die wirklich kontroversen Themen einen Bogen macht. Was man sich im Kanzleramt wünschen würde: dass auch mal heikle Punkte öffentlich diskutiert werden. Denn Scholz selbst, das ist den Strategen dort klar, kann solche Debatten nicht anstoßen. Schmidt auch nicht. Eigentlich.

Doch das, was Schmidt in der deutschen Botschaft sagte, hat in Washingtoner Kreisen für Aufsehen gesorgt. Die Kunde vom »Russland-Dinner«, wie es unter Eingeweihten inzwischen genannt wird, machte in der notorisch geschwätzigen Hauptstadt schnell die Runde. Der Zeitpunkt hätte kaum heikler sein können. Militärisch ist die Ukraine in einer äußerst prekären Lage. Ihre Offensive im Sommer und Herbst hat keinen Durchbruch gebracht, und der ukrainische Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj warnte Anfang November in einem Gastbeitrag für den »Economist« vor einem langen, blutigen Stellungskrieg. Entsprechend groß ist die Sorge, dass zur Unzeit eine Debatte über einen Friedensdeal an Fahrt aufnimmt.

»Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Putin an einem anderen Verhandlungsergebnis als der Kapitulation der Ukraine interessiert wäre«, sagt Amy Gutmann, die US-Botschafterin in Berlin, dem SPIEGEL. Die Amerikaner waren alarmiert, als vor vier Wochen die »Bild«-Zeitung von einem angeblichen »Geheimplan« berichtete: Demnach hätten sich Washington und Berlin – die beiden größten Rüstungslieferanten – darauf geeinigt, die Militärhilfe für Kiew so zu begrenzen, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gezwungen wäre, Gespräche mit dem Kreml aufzunehmen.

Die US-Regierung erklärte, der Bericht sei falsch. Auch die Bundesregierung dementiert

te hart. Doch seither geht in Washington der Verdacht um, die Deutschen wären still und heimlich damit beschäftigt, die Rampe für eine Verhandlungslösung zu bauen. Was in Berlin wiederum vehement bestritten wird.

Der Krieg hat Biden und Scholz zusammengeschweißt. Als der Kanzler im März zu Besuch in Washington war, zog der Präsident nach einem Gespräch mit dem Kanzler im Oval Office seine Botschafterin Gutmann zur Seite und sagte ihr: »Sag jedem in Deutschland, wie wichtig mir diese Beziehung ist.« Es ist eine Wertschätzung, die auf Gegenseitigkeit beruht. »Dieser Präsident ist ein Geschenk Gottes«, heißt es im Kanzleramt.

Beide Politiker erkannten, dass es in der Ukraine nicht nur um Gebietsstreitigkeiten geht – sondern darum, ob der Westen es zulässt, dass mit Gewalt Grenzen in Europa verschoben werden. Wie Biden versprach auch Scholz, die Ukraine so lange zu unterstützen, dass Putin nicht siegt.

Aber was genau heißt das?

Weder der Präsident noch der Kanzler haben bis heute genau definiert, wie ein Ende des Krieges aussehen könnte. Sie haben nur erklärt, was sie nicht wollen: Die Nato soll nicht in einen direkten Konflikt mit Russland hineingezogen werden. Außerdem äußerten beide öffentlich die Sorge vor einer Eskalation des Konflikts in einen globalen Atomkrieg – in ein »Armageddon«, wie der amerikanische Präsident es formulierte.

Beide Politiker sind auch von innenpolitischen Motiven getrieben. Biden wie Scholz werden von Parteien getragen, deren Kernwählerschaft über Jahrzehnte aus Arbeiterinnen und Arbeitern bestand. Die allerdings haben sich zum Teil eine neue politische Heimat gesucht. In den USA wanderten sie zu den Republikanern von Donald Trump, in Deutschland vor allem zur AfD. »Sowohl Präsident Biden als auch Kanzler Scholz sind tief von der Überzeugung geprägt, wie wichtig es ist, das Leben von Menschen in den unteren Einkommensgruppen zu verbessern«, sagt Bidens Botschafterin Gutmann.

Das Problem für Biden und Scholz: Sowohl Trumps Republikaner als auch die AfD machen massiv Stimmung gegen die Hilfen für die Ukraine. Und die AfD ist in Ostdeutschland die stärkste Kraft – zumindest in den Umfragen. Scholz ist außerdem bewusst, dass viele in der SPD die Waffenlieferungen an die Ukraine kritisch sehen.

Auch deshalb, so vermutet man in der US-Hauptstadt, agierte er zuweilen so zögerlich, wenn es um die Lieferung neuer Waffensysteme ging. Im vergangenen Jahr hätte das fast zu einem Zerwürfnis zwischen Berlin und Washington geführt.

Die USA, so erzählen es deutsche Diplomaten, ließen im Herbst 2022 über die damalige stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman anfragen, ob die Deutschen ihre Leopard-2-Panzer an die Ukraine liefern könnten. Aus Sicht der Amerikaner brauchten



US-Botschafterin Gutmann

die Ukrainer einen modernen Kampfpanzer, um gegen die Russen in die Offensive zu kommen.

Das Pentagon in Washington war der Überzeugung, dass der deutsche Leopard viel besser für das ukrainische Schlachtfeld geeignet wäre als der amerikanische Abrams. Der müsste erst mühsam über den Atlantik transportiert werden, hieß es. Außerdem sei die Instandhaltung in Europa schwierig.

Die Amerikaner achteten peinlich genau darauf, keinen öffentlichen Druck auf die Deutschen auszuüben, weil sie wussten, wie heikel die Entscheidung für Scholz war. Doch zu ihrer großen Verärgerung wiesen die Deutschen den Wunsch aus Washington nicht nur über Monate zurück. Sie taten auch so, als wollten die Amerikaner gar keine deutschen Panzer, weil Biden selbst die Lieferung der Abrams ablehne. Die Verantwortung wurde hin- und hergeschoben. Es war ein Schaufreustein, dass die US-Regierung zutiefst frustrierte.

Steht nun das nächste Zerwürfnis vor der Tür? Klar ist, dass sich sowohl die USA als auch Deutschland in eine komplizierte Lage manövriert haben. Das Dogma, allein Kiew entscheide über Verhandlungen, ist auch eine kommunikative Falle: Der Glaubenssatz macht es für Berlin und Washington nahezu unmöglich, öffentlich über eine diplomatische Lösung zu sprechen, weil dies von Putin sofort als Zeichen westlicher Schwäche interpretiert würde.

Der RAND-Strategie Charap glaubt, dass sich der Westen aus dieser Zwickmühle befreien muss. »Es ist sehr wohl möglich, dass wir gleichzeitig kämpfen und Verhandlungen

Biden ist wie Scholz ein Politiker, für den Taten mehr zählen als Worte – und die sprechen für Berlin.

führen«, sagt er. Dafür sei es aber notwendig, dass Washington wieder einen ernsthaften Gesprächskanal mit Moskau etabliere. In Washington heißt es, der Einzige, der noch ernsthaft mit den Russen rede, sei CIA-Direktor William Burns. Er war Mitte der Nullerjahre US-Botschafter in Moskau.

Die Amerikaner wollen einen Streit mit den Deutschen um fast jeden Preis verhindern. Trotz aller gelegentlichen Differenzen sind die Deutschen in der Ukraine-Krise für sie zu einem unersetzlichen Partner geworden. Biden ist wie Scholz ein Politiker, für den Taten mehr zählen als Worte – und die sprechen eindeutig für Berlin. Deutschland hat bis Ende Oktober 2023 laut einer Aufstellung des Kiel Instituts für Weltwirtschaft Rüstungsgüter im Wert von 18,1 Milliarden Dollar geliefert, was in Washington durchaus anerkannt wird. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dagegen verfasst gern feurige Appelle – doch die Militärhilfe seines Landes summiert sich gerade einmal auf 570 Millionen Dollar. Er liegt damit auf Platz 15 aller Geberländer.

Und weder die Amerikaner noch die Deutschen haben Macron vergessen, dass er beim Nato-Gipfel in Vilnius im Juli ein Chaos verursachte, als er einen Nato-Beitritt der Ukraine unterstützte – und sich damit in einen Konflikt mit den USA und Deutschland begab. Das Verhältnis zwischen Scholz und Macron sei vollkommen zerrüttet, seufzt ein deutscher Spitzenbeamter.

In der Sache sind Scholz und Biden gar nicht weit voneinander entfernt. Der amerikanische Präsident ist davon überzeugt, dass es für die Ukraine unmöglich sein wird, die russischen Truppen militärisch zu besiegen. Schon im Mai 2022 hatte er in einem Beitrag für die »New York Times« geschrieben, der Konflikt müsse in Verhandlungen enden. Und wie Scholz ist auch der US-Präsident mehr als skeptisch, ob man der Ukraine in absehbarer Zeit eine Nato-Mitgliedschaft anbieten kann. Schließlich könnte das bedeuten, dass der Nordatlantiktakt in einen Krieg mit der Atommacht Russland eintreten müsste, wenn die Ukraine erneut angegriffen würde.

Biden und sein Sicherheitsberater Jake Sullivan haben deshalb einen Plan erarbeitet, wonach die Ukraine ähnliche Sicherheitsgarantien wie Israel erhält – ein umfassendes Paket, das es dem Land erlaubt, sich so aufzurüsten, dass Moskau von einem neuerlichen Angriff absieht. »Die Idee ist, die Ukraine in ein Stachelschwein zu verwandeln«, sagt ein Veteran der Biden-Regierung. Aber der Präsident glaubt, dass Putin – wenn überhaupt – erst nach seiner Wiederwahl für einen Deal bereit sein wird.

Für Scholz drängt die Zeit. Seine Partei hat im kommenden September drei Landtagswahlen in Ostdeutschland zu bestehen.

Dort lehnt eine Mehrheit Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Christoph Hickmann, René Pfister, Christoph Schult